

Zur Konjunktur- bereinigung des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland – ein disaggregierter Ansatz

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ist ein wichtiger finanzpolitischer Indikator, der von vielfältigen Faktoren bestimmt wird. Neben der Ausrichtung der Finanzpolitik gehören hierzu auch konjunkturelle Einflüsse. Um den finanzpolitischen Kurs eines Landes beurteilen zu können, ist es erforderlich, die Auswirkungen des Konjunkturverlaufs auf die öffentlichen Haushalte abzuschätzen. In diesem Beitrag wird ein Verfahren für eine solche Konjunkturberreinigung des öffentlichen Budgetsaldos für Deutschland zur Diskussion gestellt. Zugleich sollen die finanzpolitischen Tendenzen in den vergangenen Jahren anhand der Entwicklung des konjunkturbereinigten Saldos beleuchtet werden. Danach ergibt sich, dass die Konjunkturabhängigkeit des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland relativ gering ist und die Fiskalpolitik seit der deutschen Vereinigung eher prozyklisch wirkte. Wenngleich solche Berechnungen ein wichtiges Hilfsmittel der finanzpolitischen Analyse sind, können sie doch eine umfassende qualitative Beurteilung nicht ersetzen, bei der auch der Gesamtsaldo und längerfristige Aspekte – vor allem die sich abzeichnenden demographischen Belastungen – eine wichtige Rolle spielen.¹⁾

¹ Dieser Ansatz stellt die Weiterentwicklung eines früher vorgelegten Beitrags dar. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zur Problematik der Berechnung „struktureller“ Budgetdefizite, Monatsbericht, April 1997, S. 31 ff.

Zur Notwendigkeit einer Konjunkturbereinigung

Vielfältige Einflussfaktoren im Finanzierungssaldo

Im Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts spiegeln sich unterschiedliche Einflussfaktoren wider. Die Entwicklung dieser Größe wird einerseits durch politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bestimmt, andererseits aber auch durch das gesamtwirtschaftliche Umfeld, wobei dieses selbst wiederum fiskalpolitischen Impulsen ausgesetzt ist.²⁾ Diese komplexen Zusammenhänge erschweren die Identifizierung der konjunkturbedingten Einflüsse und damit letztlich auch die Interpretation der Entwicklung des Haushaltssaldos.

Bisherige Ansätze

Daher liegt die Berechnung „struktureller“ Haushaltssalden, die von kurzfristigen Einflüssen weitgehend befreit sind, schon lange im Blickfeld von Finanzwissenschaft und -politik. Entsprechende Ansätze wurden bereits häufig vorgelegt, wobei die von der OECD, dem IWF und der Europäischen Kommission verwendeten Methoden bisher am gebräuchlichsten sind.³⁾ Die verschiedenen Berechnungen kommen allerdings zu recht unterschiedlichen Ergebnissen, so dass hier ein weiterer Diskussionsbedarf gegeben ist. Die im Folgenden vorgelegte Analyse, in der vor allem auch institutionelle Rahmenbedingungen in Deutschland berücksichtigt werden, soll dazu einen Beitrag leisten.

Konjunkturbereinigter und struktureller Saldo

Die Untersuchung beschränkt sich dabei auf den konjunkturbereinigten Saldo, der als der Saldo des Staatssektors in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich der konjunkturbedingten Kompo-

nenten definiert ist. Davon zu unterscheiden ist der „strukturelle“ Saldo, der die Grundausrichtung des öffentlichen Haushalts wiedergeben soll. Zu dessen Berechnung bedarf es weiterer Schritte: Diese betreffen im Wesentlichen die Erfassung der „transitorischen“ Elemente des Gesamtsaldos, beispielsweise irregulärer Einflüsse beim Steueraufkommen.

Für die Konjunkturbereinigung des öffentlichen Saldos wird üblicherweise auf die „Elastizitätenmethode“ zurückgegriffen (vgl. hierzu im Einzelnen die Erläuterungen auf S. 35). Die einem Konjunktureinfluss unterliegenden Einnahmen- und Ausgabenkomponenten des öffentlichen Gesamthaushalts werden auf makroökonomische Aggregate – beispielsweise den Konsum der privaten Haushalte, das Arbeitnehmerentgelt und die Arbeitslosigkeit – bezogen, die den Bemessungsgrundlagen der Einnahmen und Ausga-

Elastizitätenmethode

2 Während die Konzepte zur Konjunkturbereinigung den konjunkturellen Einfluss auf das Budget erfassen wollen, messen sog. Fiskalimpuls-Konzepte den Einfluss der Budgetentwicklung auf die Konjunktur. Vgl. hierzu: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1998/99, S. 299 ff.

3 Vgl.: Giorno, Claude/ Pete Richardson/ Deborah Roseveare/ Paul van den Noord (1995): Potential Output, Output Gaps, and Structural Budget Balances, OECD Economic Studies No. 24, 1995/II, S. 167–202; European Commission (1995): Technical Note: The Commission Services' Method for the Cyclical Adjustment of Government Budget Balances, European Economy 60, S. 35–55; Ziebarth, Gerhard (1995): Methodik und Technik der Bestimmung struktureller Budgetdefizite, Diskussionspapier 2/95, Deutsche Bundesbank; Banca d'Italia (Hrsg.) (1999): Indicators of structural budget balances. Essays presented at the Bank of Italy workshop held in Perugia, 26–28 November 1998, Banca d'Italia; Hagemann, Robert (1999): The Structural Budget Balance. The IMF's Methodology, IMF Working Paper WP/99/95, IWF; Leibfritz, Willy (1999): Finanzpolitik und Konjunktur: Die automatischen Stabilisatoren in Deutschland, ifo Schnelldienst 29/99, S. 14–22; van den Noord, Paul (2000): The Size and Role of Automatic Fiscal Stabilisers in the 1990s and Beyond, Economics Department Working Papers No. 230, OECD.

ben möglichst nahe kommen. Die zyklische Entwicklung dieser makroökonomischen Bezugsgrößen wird ihrerseits auf die Abweichungen des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von einem längerfristigen Potenzial- oder Trendwert zurückgeführt. Hierbei wird eine stabile Beziehung zwischen dem jeweiligen Bezugsaggregat und dem BIP unterstellt. Damit wird angenommen, dass die zyklischen Abweichungen der relevanten makroökonomischen Größen vom Trend parallel zu denen des BIP verlaufen. Die Zusammenhänge zwischen den Einnahmen- und Ausgabenkomponenten des Haushalts einerseits sowie den Bezugsgrößen und dem BIP andererseits werden über Elastizitäten⁴⁾ geschätzt. So werden in diesem Ansatz letztlich alle einem Konjunkturreinfluss unterworfenen Einnahmen und Ausgaben auf die Konjunkturbewegungen des realen BIP zurückgeführt. In langfristiger Sicht ist diese Vorgehensweise gerechtfertigt, da hier die Entwicklung des gesamten BIP und die seiner Komponenten in einem stabilen Zusammenhang stehen.

Disaggregierter
Ansatz

Kurzfristig kann es jedoch zu erheblichen Abweichungen kommen, die für eine Bewertung der Finanzpolitik gerade am aktuellen Rand von Bedeutung sind. Eine allein auf die konjunkturelle Entwicklung des BIP bezogene Betrachtungsweise kann somit in einzelnen Jahren zu Fehleinschätzungen führen. In diesem Beitrag wird daher eine Variante des Elastizitätenansatzes zur Schätzung konjunkturbedingter Defizite zur Diskussion gestellt, in der das

4 Die Elastizität einer Größe T nach einer Größe Y ist allgemein definiert als das Verhältnis der prozentualen Änderung von T zur prozentualen Änderung von Y: $(\Delta T/T)/(\Delta Y/Y)$.

Die Elastizitätenmethode zur Berechnung konjunkturbereinigter Salden

Nach der Elastizitätenmethode werden die konjunkturellen Komponenten des Saldos wie folgt berechnet:

$$T_c^i = T^i \eta_{T,V}^i \eta_{V,Y}^i y_c,$$

wobei $\eta_{T,V}^i$ die Elastizität der Einnahme T^i nach der Bezugsgröße V^i , $\eta_{V,Y}^i$ die Elastizität von V^i nach dem Bruttoinlandsprodukt Y und y_c die prozentuale Abweichung des BIP vom Trend- oder Potenzialwert bezeichnen. Im herkömmlichen Ansatz wird damit implizit eine prozentuale zyklische Abweichung der Bezugsgröße V^i von ihrem Trend definiert:

$$v_c^i = \eta_{V,Y}^i y_c,$$

wobei v_c^i die prozentuale Trendabweichung der Bezugsgröße V^i bezeichnet. Dabei wird unterstellt, dass auch auf kurze Sicht eine stabile Beziehung zwischen der jeweiligen Bezugsgröße und dem BIP besteht, die in der Elastizität zum Ausdruck kommt, so dass das sich ergebende Konjunkturmuster in der Größe V^i mit dem des BIP identisch ist.

Im hier verfolgten disaggregierten Ansatz wird diese Annahme fallen gelassen und die Trendabweichung v_c^i als relative Abweichung vom eigenen Trend ermittelt, so dass das konjunkturelle Muster der Bezugsgröße von dem des BIP verschieden sein kann. Als konjunkturelle Komponente der Einnahmenkategorie T^i erhält man so

$$T_c^i = T^i \cdot \eta_{T,V}^i v_c^i.$$

Benennt man mit X^j die Ausgabenkomponente j, setzt sich der konjunkturbedingte Saldo aus der Summe der konjunkturbedingten Einnahmen abzüglich der Summe der konjunkturbedingten Ausgaben zusammen:

$$B_c = \sum_i T_c^i - \sum_j X_c^j = \sum_i T^i \eta_{T,V}^i v_c^i - \sum_j X^j \eta_{X,V}^j v_c^j = \sum_i T^i - \sum_j X^j.$$

zyklische Muster der wichtigsten makroökonomischen Bezugsgrößen jeweils als Abweichung von ihrem eigenen langfristigen Trend dargestellt wird. Damit kann sich deren kurzfristige Entwicklung von der des BIP unterscheiden.⁵⁾ Anders als im herkömmlichen Elastizitätenansatz, in dem Abweichungen vom Potenzial- oder Trendwert des realen BIP den Konjunkturverlauf charakterisieren, werden hier die Trendabweichungen der nominalen statt der realen Bezugsgrößen gewählt, da diese letztlich die für die Elastizitäten der Einnahmen- und Ausgabenkomponenten wesentlichen Variablen darstellen.⁶⁾

Konjunkturbedingte Einnahmen und Ausgaben

*Konjunkturell
beeinflusste
Einnahmen und
Ausgaben*

Voraussetzung für die Identifizierung der zyklisch beeinflussten Einnahmen- und Ausgabenkategorien ist, dass sie automatisch auf konjunkturelle Veränderungen der jeweiligen Bemessungsgrundlagen reagieren. Auf der Einnahmenseite sind das in Deutschland im Wesentlichen die Steuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge, auf der Ausgabenseite die Aufwendungen für Arbeitslosigkeit und der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung. Außerdem gibt es weitere staatliche Einnahmen- und Ausgabenkategorien, die zwar ebenfalls konjunkturabhängig sind, aber nicht beziehungsweise nur teilweise automatisch auf zyklische Schwankungen reagieren: Hierzu gehören als quantitativ bedeutendste Position die Personalausgaben, die aus den weiter unten ausgeführten Gründen in die Berechnungen einbezogen wurden.⁷⁾ Die bei der Bereinigung be-

rücksichtigten Einnahmen und Ausgaben müssen zum größten Teil um Zahlungen innerhalb des Staatssektors korrigiert werden. Die Beziehungen zu den jeweiligen makroökonomischen Größen sind in der nebenstehenden Übersicht dargestellt. Die Berechnung der zyklischen Komponenten der Einnahmen und Ausgaben wird im Anhang erläutert.⁸⁾

In einem ersten Schritt werden die Trendabweichungen der makroökonomischen Bezugsgrößen geschätzt, die hier als zyklische Schwankungen in der Volkswirtschaft interpretiert werden. Dabei wird auf den Hodrick-Prescott-Filter (HP-Filter) zurückgegriffen (vgl. hierzu die Erläuterungen auf S. 38). Für die Abgrenzung der Bezugsgrößen ist von Bedeutung, dass deren zyklisches Muster nicht allzu sehr durch diskretionäre Maßnahmen des Staates verzerrt wird und im Wesentlichen nur Vorgänge im privaten Sektor widerspiegelt. In diesen Größen enthaltene staatliche Transaktionen sind deshalb möglichst auszuschalten. Beispielsweise ist von der Gesamtzahl der Beschäftigten der auf

*Makro-
ökonomische
Bezugsgrößen*

5 Diese Vorgehensweise geht zurück auf Momigliano, Sandro/ Alessandra Staderini (1999): A New Method of Assessing the Structural Budget Balance: Results for the Years 1995–2000, in: Banca d'Italia (1999), S. 119–157.

6 Es ist darauf hinzuweisen, dass die hier gewählten makroökonomischen Bezugsgrößen für die Einnahmen und Ausgaben immer nur als Annäherung an die tatsächlichen Bemessungsgrundlagen zu verstehen sind.

7 Je nachdem, wo hier die Grenze gezogen wird, kommt man freilich zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der Konjunkturabhängigkeit des staatlichen Finanzierungssaldos. Mit diesen Einschränkungen sind deshalb auch die hier vorgestellten Untersuchungsergebnisse zu bewerten.

8 Die Berechnungsmethode wird ausführlich in einem demnächst erscheinenden Diskussionspapier dargestellt: Mohr, Matthias (2000): Zur Konjunkturbereinigung des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland – Methodik und Resultate eines disaggregierten Ansatzes, Diskussionspapier, Deutsche Bundesbank.

Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben zu makroökonomischen Bezugsgrößen

Einnahmen Umsatzsteuer 1) Verbrauchsteuern 2) Lohnsteuer mit Solidaritätszuschlag Sozialversicherungsbeiträge 3) Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen 4)	Makroökonomische Bezugsgröße nominaler Konsum der privaten Haushalte realer Konsum der privaten Haushalte durchschnittliches nominales Arbeitnehmerentgelt und abhängig Beschäftigte im privaten Sektor nominales Arbeitnehmerentgelt im privaten Sektor nominales Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach dem Inlandskonzept (Summe aus Betriebsüberschuß und Selbständigeneinkommen nach ESVG 1995)
Ausgaben Ausgaben für Arbeitslosengeld 5) Kurzarbeitergeld allgemeiner Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten Personalausgaben des Staates	Makroökonomische Bezugsgröße Arbeitslose Kurzarbeiter nominales Arbeitnehmerentgelt im privaten Sektor, durchschnittliches nominales Arbeitnehmerentgelt im privaten Sektor Tariflöhne im privaten Sektor
1 Bereinigt um Umsatzsteuer auf Käufe des Staates. — 2 Einschl. Kfz- und Versicherungsteuer. Ab 1999 einschl. Stromsteuer. — 3 Nur Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit und zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, bereinigt um die von der Bundesanstalt für Arbeit und von der Rentenversicherung entrichteten Beiträge. —	4 Summe aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, jeweils einschl. Solidaritätszuschlag, sowie Gewerbesteuer. — 5 Bereinigt um Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit zur Kranken- und Pflegeversicherung.
Deutsche Bundesbank	

den öffentlichen Dienst entfallende Anteil abzusetzen. In einem weiteren Schritt werden die Elastizitäten abgeleitet, mit denen die Haushaltskomponenten auf die makroökonomischen Bezugsgrößen reagieren.

Umsatzsteuer

Im Fall der Umsatzsteuer muss der auf die Käufe des Staates entfallende Teil des Aufkommens abgezogen werden. Diese Steuer folgt einem proportionalen Tarif, mit einem niedrigeren Steuersatz für ausgewählte Güter. Unter der Annahme, dass sich der Anteil der mit dem niedrigeren Satz und der überhaupt nicht besteuerten Güter im Konjunkturverlauf nicht wesentlich ändert, kann von einer Elastizität des Umsatzsteueraufkommens hinsichtlich des nominalen Konsums der privaten Haushalte von eins ausgegangen werden.⁹⁾

Die speziellen Verbrauchsteuern (mit Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer als den wichtigsten Komponenten) werden abweichend von dem hier sonst gewählten Vorgehen auf den realen privaten Konsum bezogen, weil sie überwiegend mengenabhängig sind. Die kurzfristige Elastizität der speziellen Verbrauchsteuern auf Veränderungen des realen Konsums der privaten Haushalte wird ökonometrisch mit 0,8 geschätzt.

Spezielle Verbrauchsteuern

Im Hinblick auf die Einnahmen aus der progressiven Lohnsteuer sind zwei Einflussfaktoren analytisch zu trennen: Zum einen reagiert das Aufkommen auf eine reine Ausweitung der Beschäftigung bei angenommener Kon-

Lohnsteuer

⁹ Auf die Einbeziehung der grundsätzlich in die Bezugsgröße aufzunehmenden Wohnungsbauinvestitionen wird hier verzichtet.

Der Hodrick-Prescott-Filter

Eine Zeitreihe Y lässt sich gedanklich in eine Trendkomponente $Y_{g,t}$ und eine zyklische Komponente $Y_{c,t}$ zerlegen:

$$Y_t = Y_{g,t} + Y_{c,t}.$$

Der Hodrick-Prescott-Filter ¹⁾ ist das Resultat der Minimierung einer Verlustfunktion, in die zwei Argumente eingehen: Die quadrierte Summe der Abweichungen der tatsächlichen Werte von den Trendwerten und die Variabilität des Trends, gemessen durch die quadrierte Summe der zweiten Differenzen der Trendwerte:

$$\sum_{t=2}^{T-1} (Y_t - Y_{g,t})^2 + \lambda (\Delta Y_{g,t+1} - \Delta Y_{g,t})^2.$$

Die Reihe der Trendwerte Y_g wird so gewählt, dass die Zielfunktion minimiert wird. Damit soll ein Trend erzeugt werden, der zwar im Zeitverlauf flexibel ist, in dem aber die kurz- und mittelfristigen konjunkturellen Bewegungen der Ursprungsreihe herausgefiltert sind. Der Parameter λ bestimmt das relative Gewicht, mit dem die Trendvariabilität im Vergleich zu den Abweichungen der tatsächlichen Werte vom Trend in den Minimierungsansatz eingeht. Je größer der Wert für λ ist, desto stärker wird die Variabilität des Trends im Optimierungskalkül „bestraft“, desto starrer verläuft der resultierende Trend. Im Falle von $\lambda = 0$ ist die Trendreihe mit der Ursprungsreihe identisch. Lässt man dagegen λ unendlich groß werden, wird ein starrer linearer Trend erzeugt. Der hier verwendete Wert von 20 für Jahresdaten wurde so gewählt, dass die Reihen der Trendabweichungen die Konjunkturmuster der makroökonomischen Aggregate in möglichst plausibler Weise nachzeichnen.

Da der Hodrick-Prescott-Filter einen zweiseitigen gleitenden Durchschnitt darstellt, sind die Trendwerte am Anfang und Ende der Zeitreihe verzerrt, weil in der Nähe der Ränder Werte zur Berechnung eines zweiseitigen Durchschnitts fehlen. Für die Beurteilung der Fiskalpolitik ist jedoch insbesondere der aktuelle Rand von Bedeutung. Daher werden die Zeitreihen vor der Filterung unter Verwendung von Prognosen über den aktuellen Rand hinaus verlängert, um diese methodisch bedingten Verzerrungen abzumildern. ²⁾

Aus der Zeitreihe Y_g erhält man schließlich mit

$$y_{c,t} = (Y_t - Y_{g,t})/Y_{g,t} \approx \log(Y_t) - \log(Y_{g,t})$$

die Reihe y_c der prozentualen Trendabweichungen.

¹ Vgl.: Hodrick, Robert J./ Edward C. Prescott (1980): Postwar U.S. Business Cycles: An Empirical Investigation, Discussion Paper No. 451, Carnegie Mellon University. —

² Ein weiterer Nachteil dieses Filterverfahrens besteht in der unzureichenden Verarbeitung von Sprüngen in Zeitreihen, wie etwa der deutschen Vereinigung oder der Niveaushiftung des BIP im Zuge der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das ESVG 1995. Diesen Problemen wurde Rechnung getragen, indem die Zeitreihen vor dem Filtern um die durch diese Sondereffekte verursachten Niveausprünge bereinigt wurden.

stanz der durchschnittlichen Einkommen und der Einkommensverteilung der Arbeitnehmer mit einer Elastizität von eins. Zum anderen hat der progressive Tarifverlauf der Einkommensteuer zur Folge, dass sich Veränderungen des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens bei unterstellter Konstanz der Beschäftigung mit einer deutlich höheren Elastizität auswirken, die hier mit durchschnittlich gut 1,8 geschätzt wird. ¹⁰⁾

Eine derartige Zerlegung der Bemessungsgrundlage ist bei den Sozialversicherungsbeiträgen nicht erforderlich, da von einem nahezu proportionalen Zusammenhang zwischen den Beiträgen und dem Arbeitnehmerentgelt und somit von einer Elastizität von eins ausgegangen werden kann. ¹¹⁾ Anders als in bisher bekannten Verfahren zur Konjunkturbereinigung werden hier jedoch nur Beiträge zur Arbeitslosen-, zur Kranken- und zur Pflegeversicherung berücksichtigt. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden dagegen ausgeklammert. Zwar unterliegen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der Rentenversicherung einem Konjunktureinfluss: Auf der Einnahmenseite folgt das Beitragsaufkommen der Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts, und wegen der Anpassung der Renten an die Nettolöhne des Vorjahres unterliegt auch die Ausgabenseite

Sozialversicherungsbeiträge

¹⁰ Die Schätzung der Elastizität des Lohnsteueraufkommens erfolgt auf der Basis eines Lohnsteuermodells, welches unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Steuertarifs mit den wichtigsten Freibeträgen und der Einkommensverteilung eine Schätzung der Tarif- und der Bemessungsgrundlagenelastizität erlaubt.

¹¹ Der unmittelbar regressiv wirkende Effekt der Beitragsbemessungsgrenzen wird durch die jährliche Anpassung der Grenzen im Wesentlichen kompensiert, so dass als gute Annäherung ein proportionaler Tarif der Sozialversicherungsabgaben unterstellt werden kann.

einem – allerdings verzögerten – zyklischen Impuls. Jedoch muss der Haushalt der gesetzlichen Rentenversicherung seit der Rentenreform 1992 jährlich in etwa ausgeglichen sein, wenn die Schwankungsreserve die Höhe einer Monatsausgabe erreicht hat. Dazu wird unter Berücksichtigung der geschätzten Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen im aktuellen und im folgenden Jahr der Beitragssatz automatisch so angepasst, dass die Einnahmen den Ausgaben zuzüglich der zum Erhalt der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage notwendigen Mittel gerade entsprechen. Auf diese Weise werden konjunkturbedingte Veränderungen in den Beitragseinnahmen einerseits und in den Rentenausgaben andererseits grundsätzlich neutralisiert. Der Haushaltsausgleich ist ex ante gegeben; ex post können freilich Schätzfehler zu Abweichungen von der vorgeschriebenen Schwankungsreserve führen. Solche Schätzfehler werden nicht als konjunkturbedingt angesehen. Sie wären bei der Berechnung eines strukturellen Defizits zusätzlich als temporäre Sondereffekte zu berücksichtigen.

Die Notwendigkeit zum Haushaltsausgleich gilt prinzipiell auch für die anderen Sozialversicherungszweige, führt dort aber anders als bei der Rentenversicherung nicht unmittelbar zu einem konjunkturunabhängigen Saldo. So erfolgt im Fall der Pflegeversicherung keine automatische Anpassung des Beitragssatzes. Hier und auch im Fall der gesetzlichen Krankenversicherung erlauben Rücklagen, die über die vorgeschriebene Höhe hinausgehen, ein zeitweises Durchschlagen der Konjunktur auf den Haushalt. Im Fall der Bundesanstalt für Arbeit wird der Haushaltsausgleich durch

einen Bundeszuschuss hergestellt, so dass sich Konjunkturreffekte in der Entwicklung der Beitragseinnahmen (und auch in den Ausgaben für Arbeitslosigkeit) letztlich über diese Zahlung im Bundeshaushalt niederschlagen.

Bei den bisher behandelten Einnahmenkomponenten kann von einem engen empirischen Zusammenhang zur jeweiligen makroökonomischen Bezugsgröße ausgegangen werden. Im Fall der aggregierten Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen¹²⁾ ist der Zusammenhang dagegen sehr viel unsicherer. Dafür sind im Wesentlichen zwei Gründe zu nennen: Zum einen folgt ein Teil des Aufkommens der Veranlagungssteuern den Bemessungsgrundlagen mit stark schwankenden Verzögerungen. Zum anderen stellt die makroökonomische Bezugsgröße dieser Steuern eine mit hohen Unsicherheiten behaftete Restgröße aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. In der vorgelegten Berechnung ist eine Verzögerung im Aufkommen um bis zu zwei Jahre unterstellt, wobei die Bezugsgröße im aktuellen Jahr mit 70 % und in den beiden vorangegangenen Jahren mit je 15 % gewichtet wird. Diese stark vereinfachende Zerlegung des Steueraggregats unter den Annahmen stabiler zeitlicher Verzögerungen im Aufkommen und stabiler Elastizitäten kann in einzelnen Jahren

*Steuern auf
Unternehmens-
und
Vermögens-
einkommen*

¹² Dieses Steueraggregat setzt sich aus der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und dem Zinsabschlag, jeweils einschließlich Solidaritätszuschlag, sowie der Gewerbesteuer zusammen. Als makroökonomische Bezugsgröße wurde die Summe aus Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen gemäß ESVG 1995 gewählt. Bei dieser Zuordnung der erwähnten Steuern werden die statistischen Überschneidungen vernachlässigt, die hinsichtlich der Lohn- und Gehaltseinkünfte zwischen der veranlagten Einkommensteuer und der im Quellenabzug erhobenen Lohnsteuer bestehen.

zu Fehlschätzungen führen und muss gegebenenfalls durch eine qualitative Einschätzung modifiziert werden.

*Ausgaben auf
Grund von
Arbeitslosigkeit*

Von den Ausgaben unterliegen zweifelsfrei das Arbeitslosengeld und das Kurzarbeitergeld konjunkturellen Einflüssen. Das Kurzarbeitergeld wird in seiner gesamten Höhe als konjunkturbedingte Ausgabe behandelt. Beim Arbeitslosengeld hingegen ist zu berücksichtigen, dass Arbeitslosigkeit zu einem hohen Teil als strukturell einzustufen ist. Die zyklische Komponente der Ausgaben für Arbeitslosengeld wird daher durch die Trendabweichung der relevanten Bezugsgröße – der Zahl der Arbeitslosen – bestimmt. Dabei wird angenommen, dass alle konjunkturell arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer ein Arbeitslosengeld in Höhe der durchschnittlichen Aufwendungen pro Arbeitslosengeldempfänger abzüglich der darin enthaltenen Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit an die Kranken- und Pflegeversicherung erhalten. Das Produkt aus dem so berechneten durchschnittlichen Nettobezug und der Zahl der konjunkturbedingten Arbeitslosen ergibt die zyklische Komponente des Arbeitslosengeldes.

*Personal-
ausgaben*

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Löhne und Gehälter ihrer Beschäftigten können ebenfalls als konjunkturbeeinflusste Komponente auf der Ausgabenseite angesehen werden. In allen anderen Verfahren zur Konjunkturbereinigung werden diese Ausgaben in voller Höhe als diskretionär behandelt und deshalb bei der Konjunkturbereinigung nicht berücksichtigt. Das impliziert jedoch, dass jede Veränderung der Löhne und Gehälter im Staatssektor voll auf die konjunkturbe-

reinigten Ausgaben durchschlägt. Im Fall Deutschlands jedenfalls erscheint die dahinter stehende Annahme, dass die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst unbeeinflusst von der allgemeinen Lohnentwicklung bleibt, wenig plausibel. In dem in Deutschland institutionell üblichen Lohnfindungsprozess nimmt vielmehr der private Sektor mit seinen Tarifabschlüssen, an denen sich der öffentliche Bereich faktisch weitgehend orientiert, zumeist eine Vorreiterrolle ein.¹³⁾ Insgesamt erscheint es daher gerechtfertigt, eine zyklische Komponente der Personalausgaben des Staates auszuweisen. Dabei werden diese jedoch nur um jenen Teil bereinigt, der sich aus der Anpassung der Tariflöhne und -gehälter im öffentlichen Sektor an die entsprechende konjunkturbedingte Entwicklung im privaten Sektor ergibt. In diesem Sinn sind nur noch solche Änderungen in den Personalausgaben diskretionär, die entweder auf Veränderungen der Beschäftigung im öffentlichen Sektor oder auf vom privaten Sektor abweichende Lohn- und Gehaltsanpassungen zurückzuführen sind. Diese bestimmen zusammen mit der trendmäßigen Veränderung der Tarifverdienste im privaten Sektor die konjunkturbereinigten Ausgaben.

Der allgemeine Zuschuss des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird in jedem Jahr entsprechend der prozentualen Veränderung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens im Vorjahr und der prozentualen Veränderung

*Bundeszuschuss
zur Renten-
versicherung*

¹³ Zudem lässt sich für Deutschland auch regressionsanalytisch ein enger kurzfristiger Zusammenhang zwischen den Löhnen und Gehältern im Staatssektor und im privaten Sektor nachweisen.

des Beitragssatzes zur Rentenversicherung im aktuellen Jahr angepasst. Aus dieser Regel lassen sich die Elastizitäten des Bundeszuschusses nach dem durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt des vergangenen Jahres und dem Arbeitnehmerentgelt des laufenden Jahres ableiten.¹⁴⁾

Obwohl der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung eine Zahlung innerhalb des Staatssektors darstellt, ist diese Transaktion nicht herauszurechnen. Da die Rentenkassen den Haushaltsausgleich immer unter Berücksichtigung des zu erwartenden Bundeszuschusses planen (und der Beitragssatz entsprechend angepasst wird), schlägt sich eine Veränderung des Bundeszuschusses nicht entsprechend im Abschluss der Rentenversicherung, sondern in einem veränderten Beitragssatz nieder. Damit verschlechtert sich mit einem höheren Bundeszuschuss nicht nur der Finanzierungssaldo des Bundes, sondern auch der des Gesamtstaates, wobei ein Teil dieser Veränderung als konjunkturbedingt anzusehen ist. Insgesamt gesehen sind die Auswirkungen dieses Effekts allerdings gering.

Wesentliche Unterschiede zu anderen Berechnungen

Unterschiede in der Erfassung der Einnahmen und Ausgaben ...

In den Berechnungen anderer Institutionen (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, OECD, IWF und Europäische Kommission) ist es üblich, auf der Einnahmenseite die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung – einschließlich jener Beiträge, die für öffentlich Bedienstete geleistet werden – von Konjunkturrein-

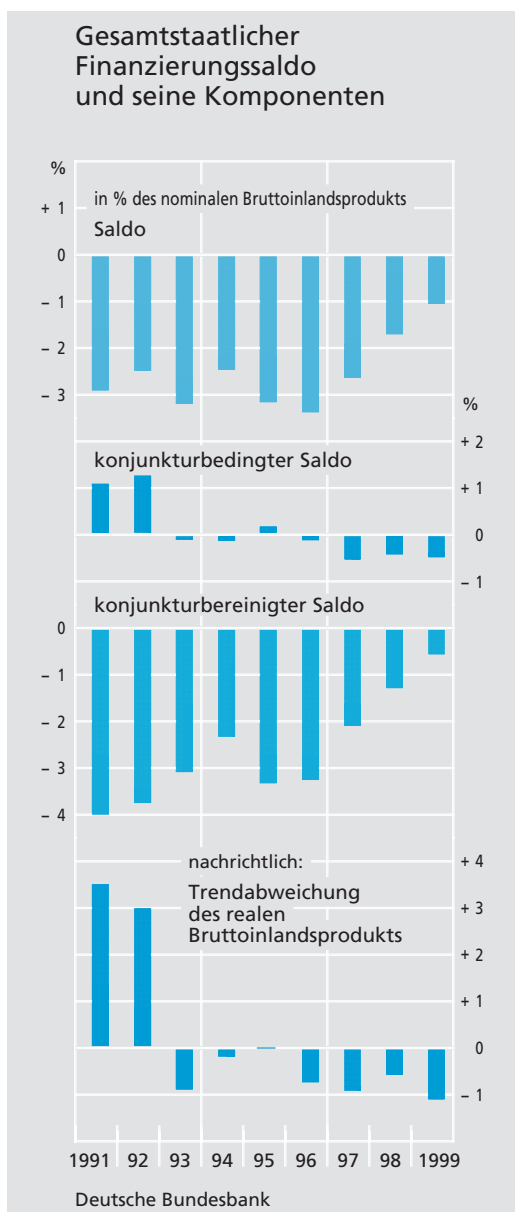
flüssen zu bereinigen und keine konjunkturbedingten Ausgaben der Rentenversicherung zu berücksichtigen. Auch werden Personalausgaben durchgängig als vollständig diskretionär angesehen. Beides erklärt zu einem erheblichen Teil die im längerfristigen Durchschnitt größere Konjunkturreakibilität des Budgets in diesen Berechnungen.

Auch ergeben sich aus unterschiedlichen Verfahren zur Schätzung konjunkturbedingter Abweichungen der zu Grunde liegenden makroökonomischen Größen Unterschiede in der gemessenen Konjunkturreakibilität. So gründen die OECD, der IWF und der Sachverständigenrat ihre jeweiligen Einschätzungen der Konjunkturlage auf eine Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke. Hierbei wird die zyklische Komponente des BIP als Abweichung von der sich bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren einstellenden gesamtwirtschaftlichen Produktion berechnet.¹⁵⁾ In der Regel führen diese Ansätze zu größeren zyklischen Abweichungen als ein HP-Filter. Der Vorteil solcher auf Produktionsfunktionen gründenden Verfahren liegt in einer unter theoretischen Aspekten befriedigenderen Bestimmung des Konjunkturverlaufs. Im Gegensatz hierzu stellt der HP-Filter ein rein statistisches Verfahren der Trendberechnung dar, das kaum Freiheits-

... und der Bereinigung der makroökonomischen Größen

¹⁴ Es wird nur der allgemeine Bundeszuschuss berücksichtigt. Die durch das Aufkommen aus der „ökologischen Steuerreform“ finanzierten Zuschüsse des Bundes für Kindererziehungszeiten werden zwar seit 1999 geleistet, jedoch erst ab 2001 automatisch angepasst. Auch der an die Entwicklung der Umsatzsteuer und der „Öko-steuer“ gekoppelte zusätzliche Bundeszuschuss bleibt hier außer Betracht.

¹⁵ Die Europäische Kommission hingegen ermittelt die zyklische Komponente des realen BIP mit Hilfe eines HP-Filters.



grade zur Berücksichtigung von ökonomischen Kriterien in der Schätzung des Konjunkturverlaufs bietet. Andererseits ist in der damit einhergehenden eingeschränkten Gestaltbarkeit auch ein Gewinn an Transparenz zu sehen. Weiterhin erlauben es die auf Produktionslücken konzentrierten Vorgehensweisen kaum, in einem differenzierten Ansatz mögliche divergierende konjunkturelle Entwicklungen der Bezugsgrößen der Einnah-

men und Ausgaben zu berücksichtigen, da die Konjunkturlage alleine durch die reale Produktionslücke bestimmt wird. Schließlich ist es mit diesen Methoden – im Gegensatz zum HP-Filter-Verfahren – nicht gewährleistet, dass sich innerhalb eines überschaubaren Zeithorizonts zyklische Überschüsse und Defizite nahezu ausgleichen.

Entwicklung des konjunkturbereinigten Saldos seit 1991

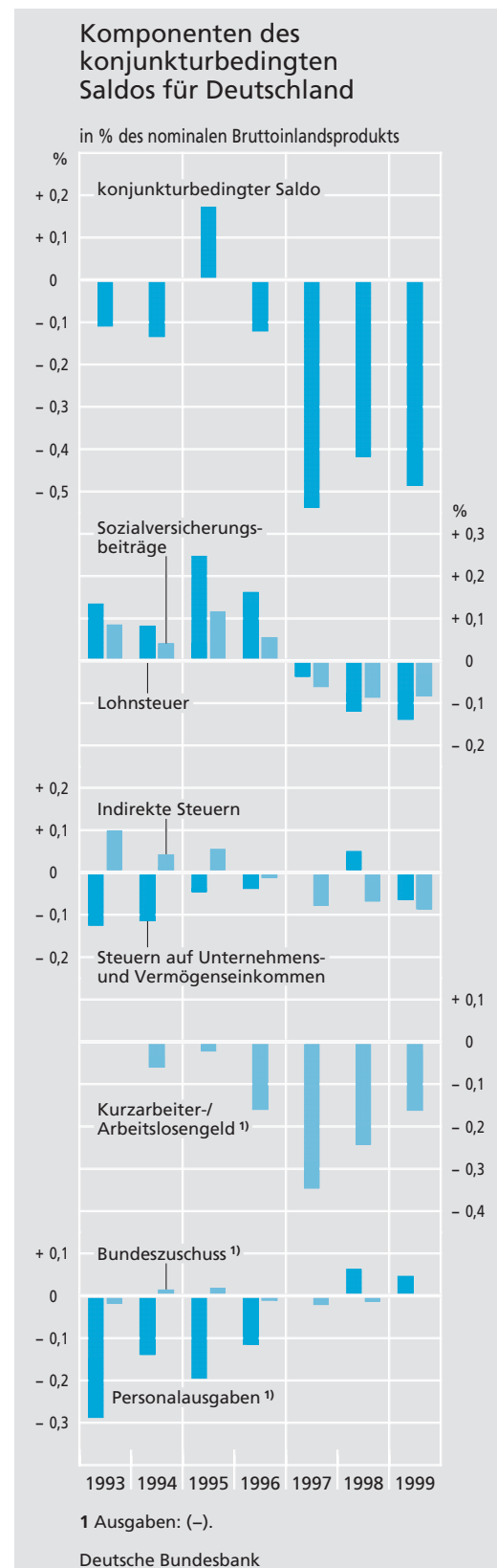
Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war in den neunziger Jahren nach dem vereinigungsbedingten Boom überwiegend durch Schwächephasen geprägt. Der konjunkturbedingte Saldo folgte zwar im Großen und Ganzen der Trendabweichung des BIP, allerdings waren in einzelnen Jahren durchaus Unterschiede festzustellen. So hat er sich 1994 trotz der deutlichen konjunkturellen Aufwärtsbewegung nicht, wie es zu erwarten gewesen wäre, verbessert. Im Jahr 1999, als es zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums kam, hat er sich andererseits kaum verschlechtert. Ausschlaggebend war 1994, dass sich die Trendabweichung des Arbeitnehmerentgelts umgekehrt zu der des BIP entwickelte; die Lohnentwicklung blieb damals noch moderat. Die Arbeitnehmerentgelte sind hier von besonderer Bedeutung, weil von ihnen mit der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen aufkommensstarke Einnahmenpositionen abhängen. Im Jahr 1999 ging trotz eines abgeschwächten Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit zurück.

Bruttoinlandsprodukt und konjunkturbedingter Saldo

In den übrigen Jahren entspricht zwar die „Richtung“ der Veränderung des konjunkturbedingten Saldos jener der Trendabweichungen vom BIP, doch besteht auch hier kein invariabler Zusammenhang, wie er in den Berechnungen üblicherweise unterstellt wird. Im disaggregierten Ansatz zur Konjunkturbereinigung stellt die Sensitivität im Hinblick auf die Trendabweichung des BIP lediglich auf längere Sicht eine sinnvolle Kennziffer dar, aus der sich kurzfristig nur mit Vorbehalten Aussagen ableiten lassen.

Konjunkturbedingte Salden relativ gering

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der hier zur Diskussion gestellten Berechnungen ist, dass die konjunkturbedingten Salden relativ niedrig sind und somit auf einen insgesamt wenig konjunkturreaktiven staatlichen Haushaltsaldo in Deutschland hinweisen. Nach den Ausnahmejahren 1991 bis 1993 im Gefolge der deutschen Vereinigung hielt sich der zyklische Saldo in einem Bereich von ungefähr plus/minus ½ % des BIP. Als stärkste Veränderung war 1997 eine Verschlechterung um knapp einen halben Prozentpunkt zu verzeichnen. Alles in allem verläuft somit der konjunkturbereinigte Saldo recht nahe am unbereinigten. Im Wesentlichen ist dies darauf zurückzuführen, dass den konjunkturbedingten Einnahmen mit den Personalausgaben nicht unbeträchtliche konjunkturbedingte Ausgaben gegenüberstehen, die mit ihrer in der Tendenz prozyklischen Reaktion Auswirkungen der Einnahmentwicklung auf den Saldo zum Teil neutralisieren. In dem hier diskutierten Verfahren werden Einnahmen in Höhe von gut 29 % und Ausgaben in Höhe von etwa 11% des nominalen BIP zyklisch bereinigt, wobei allein



die Personalausgaben mit gut 8 % zu Buche schlagen.

*Entwicklung
des konjunktur-
bereinigten
Defizits*

Die Entwicklung des konjunkturbereinigten Saldos im Vergleich zur Entwicklung der Trendabweichung des realen BIP lässt erkennen, dass die Finanzpolitik im letzten Jahrzehnt trotz der überwiegend schwachen Wirtschaftsentwicklung auf Konsolidierungskurs war. Über den gesamten Zeitraum hinweg wurde das konjunkturbereinigte Defizit stark reduziert, und zwar von 4 % des BIP im Jahr 1991 auf ½ % im Jahr 1999. Dabei lassen sich drei Phasen unterscheiden.

*Starker Rück-
gang bis 1994*

In den Jahren bis 1994, das heißt nach dem vereinigungsbedingten Boom, nahm die konjunkturbereinigte Deckungslücke deutlich ab, nämlich auf rund 2 ½ %. Nachdem die unerwartet hohen Belastungen im Gefolge der Vereinigung zunächst großenteils durch Kreditaufnahme finanziert worden waren, wurden in der Folge die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt. Allerdings konzentrierten sie sich auf die Einnahmenseite. So wurden vorübergehend ein Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeführt und dauerhaft die Mineralölsteuer erhöht. Noch stärker fiel die Anhebung der Sozialbeiträge ins Gewicht, die vor allem für die Finanzierung der Defizite der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern erforderlich war. Die Ausgabenseite trug dagegen nicht zum Rückgang des Defizits bei. Hier standen den vereinigungsbedingten Mehrausgaben keine entsprechend hohen Einsparungen an anderer Stelle gegenüber.

In den beiden darauf folgenden Jahren nahm das konjunkturbereinigte Defizit wieder auf fast 3 ½ % des BIP zu. Dies war freilich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass 1995 der Haushalt der Treuhandanstalt in den öffentlichen Gesamthaushalt integriert worden war und damit die Zinsbelastung auf die Treuhandschulden defizitwirksam wurde. Auf der Einnahmenseite wurde zwar 1995 im Rahmen des so genannten Solidarpakts wieder ein Solidaritätszuschlag eingeführt, doch setzte andererseits eine Erosion der steuerlichen Bemessungsgrundlage ein, die vor allem von großzügigen Steuererleichterungen für Investitionen in den neuen Bundesländern verursacht worden war. Die Entwicklung des Steueraufkommens blieb in dieser Zeit deshalb gedämpft.

*Wiederanstieg
1995/96*

Dieser „Zwischenperiode“ folgte bis 1999 – bei einer tendenziell schwachen Wirtschaftsentwicklung – ein erneuter Abbau des konjunkturbereinigten Defizits, der nunmehr primär auf die Bemühungen der Gebietskörperschaften zu Ausgabeneinsparungen zurückzuführen war. Hinzu kam ein kräftiger Anstieg der Steuereinnahmen, der vor allem durch das Auslaufen der Sonderabschreibungen für Investitionen in Ostdeutschland sowie eine Anhebung der Mehrwertsteuer und die verstärkte Energiebesteuerung verursacht wurde. Diese Steuererhöhungen wurden allerdings vorwiegend für eine Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung eingesetzt, so dass die Belastung mit Sozialabgaben zurückging. Der Defizitabbau wurde schließlich 1999 durch den Einfluss temporärer Faktoren, nämlich vor allem durch einen hohen Überschuss der Rentenversicherung

*Erneuter Rück-
gang bis 1999*

zur Wiederauffüllung der Schwankungsreserve, unterstützt.

*Defizitabbau
dringend
geboten*

Die im letzten Jahrzehnt zu konstatierende Reduzierung des konjunkturbereinigten Haushaltsdefizits war angesichts der Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Hand dringend geboten. Da die hohen vereinigungsbedingten Belastungen zunächst zum großen Teil durch Kreditaufnahme finanziert worden sind, hat die Verschuldung und damit die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte ein Ausmaß erreicht, das die finanzpolitischen Gestaltungsspielräume stark einengt. Hinzu kam die Anforderung, die finanzpolitischen Konvergenzkriterien für den Beitritt zur Währungsunion den Bedingungen des Maastrichter Vertrags gemäß zu erfüllen. Diese Entwicklung zeigt eindringlich auf, dass sich der Staat jeglicher konjunktureller Reaktionsmöglichkeiten begibt, wenn er zu hohe Budgetdefizite zulässt.

Finanzpolitische Folgerungen

Stabilisierungsfunktion der Finanzpolitik

Der Finanzpolitik wird im Rahmen des „policy-mix“ mit der Geldpolitik oftmals eine Stabilisierungsfunktion zugeschrieben, weil sie den Einfluss konjunktureller Ausschläge auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfen könne. Dies habe im Rahmen der Währungsunion an Bedeutung gewonnen, weil die Geldpolitik nunmehr auf den Euro-Raum insgesamt bezogen ist und somit nationale Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung nicht mehr berücksichtigen kann. Angesichts der zuvor beschriebenen, verhältnismäßig niedrigen Konjunkturreaktivität des

staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland könnte dies die Forderung nach einer verstärkten diskretionären staatlichen Fiskalpolitik nahe legen. Die Erfahrungen früherer Jahrzehnte raten hier freilich zur Vorsicht. Sie haben gezeigt, dass eine solche Politik vor allem wegen des Problems der zeitlichen Verzögerungen eher prozyklisch gewirkt hat. Zudem wurde sie vorwiegend zur Anregung, kaum aber zur Dämpfung der Konjunktur eingesetzt. Automatische Stabilisatoren vermeiden zwar diese Nachteile, doch dürften die Möglichkeiten zu ihrer Verstärkung in Deutschland begrenzt sein.

Wie immer die konjunkturellen Aspekte der öffentlichen Haushalte im Einzelnen gewichtet werden mögen, kommt es vor allem doch auf die Grundlinie der Finanzpolitik an. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates auf Dauer zu sichern und das Vertrauen der Märkte in die langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte zu festigen, ist es erforderlich, möglichst rasch das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Ziel einer mittelfristig nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushaltsposition zu erreichen. Zwar dürfte die staatliche Defizitquote im kommenden Jahr entgegen dem Trend der vergangenen Jahre auf ungefähr 1½ % steigen, weil die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung und das Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 zu erheblichen Einnahmehausfällen führen werden, doch ist ab 2002 wieder ein Abbau geplant. Im Jahr 2003 wird in dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung bei verbes-

*Erforderliche
Grundausrichtung der
Finanzpolitik*

Begrenzte Aussagekraft des konjunkturbereinigten Saldos

serter konjunktureller Lage ein Defizit in Höhe von 1/2 % des BIP angestrebt.

Der konjunkturbereinigte Saldo stellt zweifellos ein wichtiges finanzpolitisches Analyseinstrument dar. Gleichwohl darf nicht außer Acht gelassen werden, dass dieses Konzept nur einen eng umgrenzten Aspekt der Fiskalpolitik beleuchtet. So ist für die aktuelle Beanspruchung des Kreditmarkts durch den Staat – unabhängig von den Konjunkturschwankungen – die Nettokreditaufnahme maßgebend. Vor allem aber ist der gesamtstaatliche Haushalt nicht nur kurzfristigen

konjunkturellen Risiken, sondern auch langfristigen, insbesondere demographisch bedingten Belastungen ausgesetzt, für deren Quantifizierung andere Verfahren (etwa die Generationenbilanzierung) heranzuziehen sind. Ein strukturell zumindest ausgeglichener Haushalt ermöglicht es nicht nur, konjunkturelle Einflüsse auf die Finanzentwicklung verkraften zu können. Er bildet vielmehr auch eine Voraussetzung für eine auf langfristige Stabilität ausgerichtete Finanzpolitik, die eine Überforderung künftiger Generationen durch den Staat vermeidet.

Anhang

Berechnung der zyklischen Komponenten der Einnahmen und Ausgaben

Umsatzsteuer:

$$T_{c,t}^U = T_t^U \cdot k_{c,t}$$

Spezielle Verbrauchsteuern:

$$T_{c,t}^V = T_t^V \cdot 0,8 \cdot k_{r,c,t}$$

Sozialversicherungsbeiträge:

$$T_{c,t}^S = T_t^S \cdot w_{q,c,t}$$

Lohnsteuer:

$$T_{c,t}^W = T_t^W \cdot (1,8 \cdot (w_{q,c,t} - l_{q,c,t}) + l_{q,c,t})$$

Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen:

$$T_{c,t}^P = T_t^P (0,9 \cdot p_{c,t} + 0,2 \cdot p_{c,t-1} + 0,2 \cdot p_{c,t-2})$$

Kurzarbeitergeld:

$$X_{c,t}^K = X_t^K$$

Ausgaben für Personal im öffentlichen Dienst:

$$X_{c,t}^O = X_t^O \cdot f_{q,c,t}$$

Allgemeiner Bundeszuschuss an die Rentenversicherung:

$$X_{c,t}^Z = X_t^Z \cdot ((2 - z_t) \cdot (w_{q,c,t-1} - l_{q,c,t-1}) - (1 - z_t) \cdot w_{q,c,t})$$

Ausgaben für Arbeitslosengeld:

$$X_{c,t}^L = h_t \cdot A_t \cdot a_{c,t}$$

Verzeichnis der verwendeten Symbole

Y_g, Y_c	Trendkomponente, zyklische Komponente der Größe Y
$y_{c,t} = \log(Y_t) - \log(Y_{g,t})$	prozentuale Trendabweichung der Größe Y im Jahr t
$\Delta Y_t = Y_t - Y_{t-1}$	absolute Änderung der Größe Y im Jahr t

$\eta_{XY} = (\Delta X/X) / (\Delta Y/Y)$	Elastizität der Größe X nach der Größe Y	T^W, T^P, T^V, T^U, T^S	Lohnsteuer, Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen, spezielle Verbrauchsteuern, Umsatzsteuer, Sozialversicherungsbeiträge
W, W_q	Arbeitnehmerentgelt, insgesamt und im privaten Sektor		
L, L_q	Beschäftigte, insgesamt und im privaten Sektor	X^O, X^L, X^K, X^Z	Personalausgaben, Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, allgemeiner Bundeszuschuss an die Rentenversicherung
F_q	Index der Tariflöhne im privaten Sektor		
P	Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Inlandskonzept)	z	Anteil des allgemeinen Bundeszuschusses an den Rentenausgaben der Rentenversicherung
K, K_r	Konsum der privaten Haushalte, nominal und real	A, h	Arbeitslose, durchschnittliches Arbeitslosengeld (netto) pro Empfänger